

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Bundesverfassungsgericht

Schloßbezirk 3

Postfach 1771, 76006 Karlsruhe

76131 Karlsruhe

Berlin, 10 Mrz. 2009

Nur per Fax: 0721 / 9101-382

KLAGE
Amtspflichtverletzung
Anklage wegen schwerer Körperverletzung.
§ 339 Rechtsbeugung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich dem Schreiben des Bundesgerichtshof (Az.: 18) vom 27.Feb.2009 und **klage** dagegen.

Ich gebe Ihnen alle wichtigen Dokumente der Klage und auch Briefe, die ich an drei Rechtsanwälte geschrieben habe, wo Sie sehen können, egal ob ich einen Rechtsanwalt finde, dass dieser mich dann nur reinlegt. Ich finde keinen Rechtsanwalt und das Landgericht will mir auch keinen Rechtsanwalt stellen, womit diese die ganze Situation nur verdecken wollen.

Nach dem Beschluss 11.11.2008 vom Landgericht habe ich am 24.11.2008 vor dem Kammergericht und Landgericht einen Widerspruch bzw. Beschwerde geschrieben. Am 14.01.2009 hat das Landgericht wider einen negativen Beschluss erteilt und hat geschrieben, dass der Widerspruch an das Kammergericht geht. Das Kammergericht antwortet bzw. reagiert bis jetzt nicht, wofür der Bundesgerichtshof gesetzlich zuständig ist, wenn das Kammergericht nicht reagiert und es kein Aktenzeichen geöffnet wird. Da der Bundesgerichtshof mir mitteilt, Antwort Az.: S18, dass diese für meine Angelegenheit nicht zuständig sind. Weil das Kammergericht und der Bundesgerichtshof sich meiner Sache nicht annehmen und mir keinen Rechtsanwalt stellen wollen, müssen Sie meine Angelegenheit in die Hand nehmen.

Die Ärzte sind für meinen gesundheitlichen Zustand verantwortlich und müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Das Kammergericht und der Bundesgerichtshof wollen diese Angelegenheit nur verdecken.

Was ist es für ein Gesetz, wenn 2002 Psychologen mich über ein Jahr von seinem Haus nehmen und mich ununterbrochen terrorisieren, z.B. dass ich die Geschehnisse in der Abschiebehaf nicht vergessen kann. Er sagt sehr aggressiv, dass er sieht, dass ich diese Sachen nicht vergessen kann und sagte, dass wir eine Wand vor diese Sache machen, dass man das Problem vor der hohen Wand nicht mehr sieht. Daraufhin fragte ich ihm dann, ob ich diese Wand vor all dem neuen Psychoterror, der mir angetan wird, errichten soll? Des Weiteren hat er sehr aggressiv gesagt, dass er „meine Zunge abschneiden will“, denn diese sei zu lang. Ein anderes Mal sagte er, dass ich eine tickende Zeitbombe, in der die ganze gelittene Ungerechtigkeit aufstaut, sei, dass man mich entschärfen müsse, denn ich habe für alle ungesetzlichen Handlungen Beweise, womit ich die Wahrheit ans Licht bringen kann. Oder als er gesehen hat, dass ich wegen der Polizistenschlägerei sehr aggressiv gewesen bin, hat er nur gelacht und mich genervt, dass es gut sei, dass unsere Polizisten den Ausländern große Probleme bereiten und denen kein Recht geben, wodurch er mich noch aggressiver gemacht hat. Ich habe anderen Leuten, z.B. Dr. Dorothe, erklärt, dass er mich über ein Jahr terrorisiert hat, wodurch ich sehr psychisch krank geworden bin. Daraufhin meinte er, dass er alle meine Bekannte kenne, denn er könne mich vor diesen als psychisch krank darstellen. Ich fragte ihm, was er damit meine und er sagte nur, dass ich darüber nachdenken solle.

Dr. Dorothe hat beim vierten oder fünften Termin gesagt, wo auch der Psychiater anwesend war, und beklagte ihm gegenüber, was er gemacht habe. Sie forderte ihn dazu auf, dass er mich richtig

therapieren solle, sonst würde sie dieses übernehmen und sich um die Angelegenheit kümmern. Unter diesem Druck hat er mich zur Charité gebracht und mich darüber informiert, sofern ich irgendetwas von meiner ganzen Geschichte gegenüber dem Charité erkläre, würde man mich umgehend von dem Charité wegschicken. Zwei Jahre später habe ich versucht die ganze Wahrheit zu erklären, weil ich gesehen habe, dass die ganze politische Situation trieb und treibt mich in den Selbstmord, wo kein Ende abzusehen ist. Als ich meine Situation erklärt habe, hat mich das Charité sofort ignoriert und ich habe die behandelnde Ärztin nicht mehr gesehen.

Von den Ärzten Charité habe ich lange Zeit Hilfe für meine Probleme benötigt und die Ärzte haben mich an eine Sozialarbeiterin vom Charité verwiesen. Sie, Sozialarbeiterin Frau Penka vom Charité, hat im Nov. 2005 beim Jobcenter Mitte angerufen, warum das Jobcenter meinen Möbelantrag vom Jahre 2004 nicht bearbeitet und das Jobcenter Mitte hat daraufhin mitgeteilt, dass mein Aufenthalt bis April 2006 läuft und laut Paragraph § 25 Absatz 5 musst ich April 2006 abgeschoben werden. Wegen dieser kurzen 7-monatigen Aufenthaltsdauer wolle das Jobcenter Mitte mir keine Möbel geben. Die Sozialarbeiterin vom Charité sagt mir, dass ich solange in Deutschland bleiben könne, wie ich psychisch krank sei. Sofern ich aber gesund bin, wenn dies ein Arzt behauptet, muss ich abgeschoben werden. Als die Mitarbeiterin vom Charité nur von der Möbelsache erfahren hat, hat diese mir auch nicht geholfen und macht mir Angst, dass ich nur bis April 2006 noch "Aufenthaltsgenehmigung" hatte, wodurch die Mitarbeiterin mir, einen unter Abschiebehaltsangst leidenden Patienten, Angst gemacht hatte bzw. Angst machen wollte.

Was auch nicht verstehe, was ist es für eine Therapie, wenn man dem Patienten ewig seine Ängste vor Augen hält, dass dieser abgeschoben werden soll, beispielsweise 2006 als ich an einem Termin im Charité war und nach 2 Minuten kommt eine Krankenschwester und sagt den behandelnden Arzt, dass Polizisten auf seine Antwort warten und schaut mich der Arzt ein paar Minuten an und sagt dann zu der Krankenschwester, dass die Polizisten weggehen sollen. Daraufhin sagt der Arzt zu mir, warum ich nicht Ruhe gebe und mich ständig über die Polizisten und Justiz vor dem Menschenrechtsgericht beschwere.

Ärzte müssen nicht auf der Seite der Politik stehen, denen sollte das Wohl seines Patienten im Vordergrund stehen, egal aus welcher Nation er stammt. Wieso müssen Ärzte für eine solche kriminelle Therapie nicht zur Rechenschaft gezogen werden?

Bitte erteilen Sie bis zum 15.04.2009 einen Beschluss, dass das Charité zur Rechenschaft gezogen wird, denn meine Zeit ist begrenzt, denn am 15. Mai 2009 werde ich wegen der ganzen Unmenschlichkeit Selbstmord machen.

Nach meinem Tod werden andere Nationen meine Unterlagen untersuchen und Sie dann fragen, warum Sie Juristen nicht gehandelt haben und die Angelegenheit verdeckt haben? Sie müssen verstehen, dass mein Leben kaputt ist und dies auch kein Zufall ist. Die Politik hat mit der psychiatrischen Anstalt Hand in Hand zusammen gearbeitet.

Nach meinem Tod sollen all meine Rechte automatisch an meine Familie übertragen werden.

P.s: Wenn Sie dafür nicht zuständig sind, leiten Sie diese Unterlagen bitte weiter und teilen Sie es mir mit.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

Einlieferungsbeleg/Quittung
Bitte Beleg gut aufbewahren!
Deutsche Post AG 10787 Berlin
83122653 0517 10.03.09 12.41

Sendungsnummer: RR 3153 2034 ADE
Einschreiben National
Rückschein

*Charité
Bundesverfassungsgericht*

Bruttoumsatz 5,30 EUR
Umsatzsteuerbefreit nach §4 UStG A
Nettoumsatz 5,30 EUR

Servicenummer National
Telefon: 0 18 05/29 06 90
14 ct/60 Sek. im Festnetz
Mo.-Fr. 8-18h

Servicenummer International
Telefon: 0 18 01/80 55 55
3,9 ct/60 Sek. im Festnetz
Mo.-Fr. 8-18h und Sa. 8-14h

Internet: www.deutsche-post.de
Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG